

N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses

am Mittwoch, dem 14.08.2019

im Landesamt für Ausländerangelegenheiten
Haart 148
24539 Neumünster

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 20:08 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender

Herr Sami Inci

Ratsfrau / Ratsherr

Frau Esther Hartmann
Herr Dirk-Justus Hentschel
Herr Andreas Hering
Frau Babett Schwede-Oldehus

Bürgerschaftsmitglieder

Herr Dr. Johann Oltmann Schröder
Herr Holger Karl-Schostag
Frau Marianne Lingelbach

Außerdem anwesend

Kom. Leiter des LfA
Leiter des DRK im LfA
Pressesprecher des LfA
Kinder- und Jugendbeirat
Forum der Vielfalt
Forum der Vielfalt
Jobcenter Neumünster
1 Pressevertreter
13 Zuhörer/-innen

Herr Dirk Gärtner
Herr Andreas Hinrichs
Herr Wolfgang Kossert
Frau Sofie Todt
Frau Natali Schnar
Frau Elisabeth Dannenmann
Frau Judith Widell

Von der Verwaltung

Erster Stadtrat
FDL'in 53
FD 53, Kinder- u. Jugendzahnärztin
FD 03, Sozialplaner
FD 03, Koordinierungsstelle Integration
FD 03, Bildungskoordinatorin für
Neuzugewanderte
FD 03, Geschäftsführerin SGA
Personalrat

Herr Carsten Hillgruber
Frau Dr. Alexandra Barth
Frau Dr. Maria Schmidt
Herr Arne Bollen
Frau Eilean Layden
Frau Marta Melnik

Frau Gudrun Folchert
Herr Georg Müller

Entschuldigt:

Ratsfrau / Ratsherr

Herr Klaus-Dieter Iwers
Herr Thorsten Klimm
Herr Fatih Mutlu

Bürgerschaftsmitglieder

Frau Harmke Janssen
Frau Melanie Kalz

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1.	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2.	Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
3.	Genehmigung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung am 14.08.2019
4.	Aktuelle Situation in der Landeserstaufnahmeeinrichtung
5.	Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 22.05.2019
6.	Einwohnerfragestunde
7.	Anträge und Anfragen
8.	Vorstellung des Starke-Familien-Gesetzes durch Frau Widell, Jobcenter
9.	Umsetzung Handlungskonzept Armut; hier: Handlungskonzept Zahngesundheitsförderung bei Kindern und Jugendlichen (Neue Maßnahme) Vorlage: 0364 / 2018 / DS
10.	Handlungskonzept EU-Zuwanderung Stadt Neumünster Vorlage: 0380 / 2018 / DS
11.	Mitteilungen

1 .	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
-----	---

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 18:00 Uhr, entschuldigt die Abwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2 .	Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
-----	---

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratende Tagesordnungspunkte sind nicht vorhanden.

3 .	Genehmigung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung am 14.08.2019
-----	---

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung am 14.08.2019 wird einstimmig angenommen.

4 .	Aktuelle Situation in der Landeserstaufnahmeeinrichtung
-----	---

Der kom. Leiter des LfA, Herr Gärtner, erhält Gelegenheit für Erläuterungen und beantwortet Fragen aus dem Ausschuss. Die Bezeichnung „Aufnahmeeinrichtung“ sei lt. Herrn Gärtner zzt. die richtige Wahl. In der Einrichtung lebten aktuell ca 600 Menschen und das LfA sei bestrebt, nahbarer zu werden und gestalte daher bewusst Öffentlichkeitsarbeit. Die Einrichtung in Boostedt werde in 2024 geschlossen werden und die Einrichtung in Rendsburg werde mindestens bis Ende 2020 geöffnet sein. Ein dritter Standort sei nicht im Gespräch. Dem DRK gebühre großes Lob für die geleistete Arbeit.

Der Vorsitzende lässt erste Fragen aus dem Publikum zu. Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden diese unter TOP 6. aufgeführt.

5 .	Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 22.05.2019
-----	---

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 22.05.2019 wird einstimmig genehmigt.

6 .	Einwohnerfragestunde
-----	----------------------

Ein Einwohner aus der Viktoriastraße weist auf störende Lärmbelästigungen durch Nachbarn aus Rumänien hin. Die Polizei werde deshalb wiederholt gerufen und diese habe auch auf die Zuständigkeit des Fachdienstes Bürgerservice, öffentliche Sicherheit und Ordnung hingewiesen.

Herr Erster Stadtrat Hillgruber weist auf das Bekanntsein der Problematik sowie auf das Handlungskonzept EU-Zuwanderung hin, das in der heutigen Sitzung noch vorgestellt werden werde.

Aus dem Plenum werden folgende weitere Fragen gestellt:

- Das Problem der Lärmbelästigung sei seit 2014 bekannt - warum sei sich bislang nicht hinreichend gekümmert worden?

Lt. Herrn Ersten Stadtrat Hillgruber sei die Zahl der Zuwanderungen aus Bulgarien und Rumänien nach Neumünster in 2014 noch nicht auffällig gewesen. Das Handlungskonzept EU-Zuwanderung werde in der heutigen Sitzung beraten werden.

- Wieviel Euro werden für die sogenannten EU-2-Bürgerinnen und Bürger aufgewendet?

Antwort: Im Leistungsbezug beim Jobcenter befänden sich weniger als 50 % der aus der EU Zugewanderten.

- Es wird die Frage nach Informationen der Stadtverwaltung über die tatsächliche Belegung der Wohnungen gestellt.

Herr Erster Stadtrat Hillgruber berichtet von den aktuellen regelmäßigen Begehungen, bei denen die Verhältnisse vor Ort überprüft werden würden.

Außerdem gebe es eine Arbeitsgruppe EU-Zuwanderung, zu der neben verschiedener städtischer Bereiche u.a. die Polizei und das Jobcenter gehörten.

- Aus dem Plenum wird auf die Problematik von Vermüllung und Rattenbefall hingewiesen.

Eindeutig bestätigt wird von Herrn Ersten Stadtrat Hillgruber sowie Rats Herrn Mattiessen, dass die Polizei und der Fachdienst Allgemeine Ordnungsangelegenheiten zuständig seien und helfen würden.

Herr Ortaçer vom Forum der Vielfalt stellt aus dem Publikum heraus die Frage, wie geprüft werde, ob bei der Firma „Sicherheit Nord“ extremistisch orientierte Personen eingestellt würden.

Herr Gärtner antwortet zur Auswahl des Bewachungsunternehmens, dass es eine öffentliche Ausschreibung gegeben hätte und die Zuverlässigkeitsprüfung dort erfolgt sei.

7 .	Anträge und Anfragen
-----	----------------------

Anträge und Anfragen liegen nicht vor.

8 .	Vorstellung des Starke-Familien-Gesetzes durch Frau Widell, Jobcenter
-----	---

Frau Widell bekommt das Wort vom Vorsitzenden und referiert über das Starke-Familien-Gesetz.

Ziel des Gesetzes sei, einkommensschwache Familien zu stärken im Rahmen von Bildung und Teilhabe. Die Inanspruchnahme sei seit Jahren stabil und ein hoher Prozentsatz der Berechtigten nehme die Leistungen in Anspruch. Das Gesetz entlaste einkommensschwache Familien in verschiedenen Bereichen, z.B. beim Schulbedarf, bei der Schulbeförderung und beim Mittagessen. Sowohl bei den Anspruchsberechtigten als auch bei der Verwaltung gebe es durch Verfahrensänderungen Erleichterungen. Neben den BuT-Leistungen sei auch der Kindergeldzuschlag erhöht worden.

Herr Hering erkundigt sich nach Zahlen für diesen Bereich.

Frau Widell erklärt, diese müsse sie deswegen nachliefern, weil sie nur den Rechtskreis SGB II bearbeite, die anderen drei Rechtskreise aber bei der Stadt bearbeitet werden würden.

Vereinbart wird, dass Frau Widell die Zahlen an Frau Folchert übermitteln werde, die sie dann den Ausschussmitgliedern zur Verfügung stellen werde.

Auf Nachfrage erläutert Frau Widell, dass BuT ein eigenständig prüfbarer Anspruch sei. Für die Prüfung sei jedoch eine Antragstellung auf Arbeitslosengeld II erforderlich, was einige Menschen abschrecken, andere wiederum nicht stören würde.

9 .	Umsetzung Handlungskonzept Armut; hier: Handlungskonzept Zahngesundheitsförderung bei Kindern und Jugendlichen (Neue Maßnahme) Vorlage: 0364/2018/DS
-----	--

Der Vorsitzende gibt das Wort an Frau Dr. Schmidt zur Erläuterung des Handlungskonzepts Zahngesundheitsförderung bei Kindern und Jugendlichen weiter.

Frau Dr. Schmidt weist darauf hin, dass dies Konzept in Zusammenarbeit mit dem Fachdienst Dezentrale Steuerungsunterstützung entstanden sei.

Neumünster schneide im Vergleich zu den drei anderen kreisfreien Städten und zum Landesdurchschnitt deutlich schlechter ab.

Im Anschluss an die Präsentation gibt es Gelegenheit für Fragen.

Fraglich sei, wie man gerade die Eltern erreiche, die das Thema Zahngesundheit ihrer Kinder besonders angehe.

Maßnahmen hierfür seien u.a. Zahngesundheitslotsen für die Familien beim Aufsuchen einer zahnärztlichen Praxis, und Informationen zur Zahngesundheitsförderung gebe es durch den Bereich Frühe Hilfen.

Erfolgversprechend sei zudem ein Aufkleber „Kinderzahnvorsorge“ für das gelbe Untersuchungsheft in Kooperation mit Kinderärztinnen und Kinderärzten plus ein Infoblatt für

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den kinderärztlichen Praxen. Diese würden nämlich regelmäßig aufgesucht werden und von daher sei eine Verbindung zum Thema Zahngesundheit erfolversprechend.

Auch über ihr soziales Umfeld seien Eltern gut erreichbar. So seien z.B. an Schulen in Flensburg Gesundheitsfachkräfte im Einsatz, die sehr erfolgreiche Arbeit leisteten und die die Schulen deswegen auf jeden Fall behalten möchten. Gesundheitsfachkräfte, insbesondere an Risikoschulen, wären vielversprechend.

Es würde sich die Frage nach der Finanzierung stellen, auch nach den Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherungen.

Herr Erster Stadtrat Hillgruber führt aus, dass aktuell ein Rahmenkonzept vorliege, und kündigt besondere Vorlagen betreffend die verschiedenen einzelnen Maßnahmen an, von denen einige auch kostenfrei seien.

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Einstimmig beschlossen.

Endgültig entscheidende Stelle:

Ratsversammlung

10 .	Handlungskonzept EU-Zuwanderung Stadt Neumünster Vorlage: 0380/2018/DS
------	--

Der Erste Stadtrat, Herr Hillgruber, erhält vom Vorsitzenden das Wort zur Einführung.

Herr Erster Stadtrat Hillgruber berichtet, dass die EU-Zuwanderung in die Stadt Neumünster in 2016 nennenswert gestiegen sei. Im Handlungskonzept EU-Zuwanderung 2019 würden sechs Handlungsfelder beschrieben werden. Herr Erster Stadtrat Hillgruber legt dar, dass es sich hierbei um ein Rahmenkonzept handle und Einzelvorlagen gesondert folgen würden.

Er gibt das Wort an Frau Layden weiter, die das Handlungsfeld Erziehung und Bildung exemplarisch erläutert.

Frau Layden weist darauf hin, dass die Mehrheit dieser zugewanderten Menschen ohne Schulabschluss sei oder dieser nur gering ausfalle. Es sei eine Herausforderung und bedürfe des Zusammenwirkens aller maßgeblich Beteiligten, Bildungsaffinität herzustellen und dafür zu sorgen, dass die Kinder Kindertageseinrichtungen und Schulen besuchten. In diesem Zusammenhang gebe es verschiedene Angebote und Maßnahmen, die im Konzept aufgelistet seien.

Sehr gut angenommen werde das offene Angebot der städtischen Kinder- und Jugendarbeit im Vicelinviertel „KiVi“ und auch die Sprachmittlerin für Rumänisch, die im Projekt- haus eingesetzt sei, arbeite sehr erfolgreich. Eine gelingende Verständigung sei generell ein erfolversprechender Weg.

Problematisch sei, dass die EU-2-Bürgerinnen und -Bürger nur einen erschwerten Zugang zu Integrationskursen hätten, die zudem oft auch sehr teuer und für sie nicht finanzierbar seien.

Bei den Maßnahmen sei eine aufsuchende Betreuung hilfreich.

Frau Dannenmann, die eine Kindertagesstätte leitet, spreche sich für Sprachkurse mit Kinderbetreuung aus.

In der weiteren Diskussion geht es um das Zusammenleben mit den EU-2-Bürgerinnen und -Bürgern bzw. das Handlungsfeld Recht und Ordnung.

Herr Erster Stadtrat Hillgruber stellt heraus, dass die Zuwanderung im Rahmen der Freizügigkeit im Rahmen der EU rechtens sei und dass die Menschen, die sich integrieren wollten, Hilfe bekämen.

Frau Layden berichtet, dass die Arbeitsgruppe des Interventionsteams unter Beteiligung des kommunalen Ordnungsdienstes erfolgreich arbeite und die Zusammenarbeit mit allen relevanten Fachbereichen intensiviert werden solle.

Ratsherr Matthiesen merkt nach Worterteilung durch den Vorsitzenden an, dass die Problematik sehr ernst zu nehmen und zu bedenken sei, dass nicht alle zugewanderten EU-2-Bürgerinnen und -Bürger problemlos integrierbar seien. Verwaltung und Fachleute sollten sich des Themas mit höchster Priorität annehmen, damit nicht andere Kräfte zum Zuge kämen. Er legt dar, dass die Polizei in jedem Fall käme, wenn sie zu Hilfe gerufen werde.

Frau Schwede-Olderus berichtet aus ihrer Stadtteilbeiratsarbeit, dass Bürgerinnen und Bürger Probleme des Zusammenlebens mit zugewanderten EU-2-Bürgerinnen und -Bürgern oft schilderten und nach Hintergründen und Lösungen fragten.

Es wird ausgeführt, dass der kommunale Ordnungsdienst am kommenden Wochenende zu Prüfungen im Einsatz sei.

Nach Meinung von Frau Hartmann liege ein gutes Arbeitskonzept vor und sie wünsche sich einen Tätigkeitsbericht nach einem Jahr, was befürwortet werde.

Hingewiesen wird auf das Problem des Ratten- und sogar Kakerlakenbefalls infolge von Vermüllung.

Frau Lingelbach möchte gerne wissen, ob nachgewiesen werden könne, wieviele Wechsel in den Unterkünften in der Belegung stattfinden würden und wie lange die Menschen hier blieben.

Lt. Herrn Stadtrat Hillgruber sei die Beantwortung nur teilweise möglich. Bei Begehungen werde geprüft, wer in den Unterkünften wohne. Schwerer zu sagen sei, wie lange die Menschen blieben, sofern sie nicht im Leistungsbezug stünden.

Herr Hentschel sehe es als problematisch an, dass die meisten EU-2-Zugewanderten nur als Hilfskräfte tätig sein könnten und sie in Konkurrenz zur hiesigen Bevölkerung stünden. Er befürchte, dass Unternehmen bevorzugt „Billigkräfte“ aus dem Bereich der EU-2-Zugewanderten einsetzen.

Herr Dr. Schröder merkt an, dass diese vielfältigen Probleme weder schnell noch einfach lösbar seien und dass die EU die Freizügigkeit zugelassen hätte und somit auch für Sprachkurse aufkommen müsse.

Er fragt Frau Layden, was sie sich für Maßnahmen wünsche.

Frau Layden wünsche sich einen niederschweligen Zugang zu den EU-2-Zugewanderten sowie finanzielle Mittel. In Schleswig-Holstein fehle aus ihrer Sicht ein Wohnungsauf-

sichtsgesetz.

Problematik in diesem Bereich sei, dass die Kommunen umsetzen müssten, was Bund und EU den Menschen an Möglichkeiten eröffneten.

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Einstimmig beschlossen

Endgültig entscheidende Stelle:

Ratsversammlung

11 .	Mitteilungen
------	--------------

Frau Layden weist auf den verteilten Flyer zur Interkulturellen Woche hin und lädt alle Anwesenden zur Teilnahme ein.

Sami Inci

(Ausschussvorsitzender)

Gudrun Folchert

(Geschäftsführerin SGA)